

Mit Stöcken gegen Maschinengewehre

Die Unruhen in Kongo weiten sich aus. Die Uno-Mission ist machtlos. **Von Alexander Bühler**

Der Starrsinn von Dauerpräsident Joseph Kabila kostet zahlreiche Menschen das Leben. Nun sind in Kongo-Kinshasa zwei Uno-Experten ermordet worden. Sie wollten verdächtige Massengräber inspizieren.

Es brodelt wieder in Kongo-Kinshasa. Am Dienstag sind die Leichen des Amerikaners Michael Sharp und der Schwedin Zaida Catalán gefunden worden, letztere enthauptet. Die beiden Spezialisten sollten im Auftrag des Uno-Sicherheitsrats Menschenrechtsverletzungen untersuchen. Am 12. März waren sie zusammen mit vier kongolesischen Mitarbeitern verschwunden. Bis jetzt weiss niemand, wer die Täter sind.

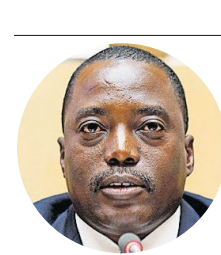
Die beiden Experten waren in Zentral-Kasai unterwegs gewesen, mangels zugänglicher Strassen mit dem Motorrad. Die Provinz in der Mitte Kongos verfügt über einen spektakulären Mineralienreichtum. Viele internationale Bergbauunternehmen arbeiten hier. Bisher war die Region ruhig, doch damit ist es vorbei, seit der traditionelle Dorfchef Kamwina Nsapu im August des vergangenen Jahres von der kongolesischen Polizei erschossen wurde. Seither haben seine Gefolgsleute härter zugeschlagen, Schulen und Kirchen angegriffen, Kindersoldaten rekrutiert und Polizisten, Soldaten und andere lokale Führer ermordet. Der kongolesische Staat hat daraufhin Dutzende Milizionäre getötet, die mit Stöcken, selbstgebauten Gewehren und Macheten gegen die automatischen Waffen der Soldaten antraten. Die Zahl der Todesopfer geht laut Medienberichten in die Hunderte.

Zahme Uno-Mission

Seit 1999 ist in Kongo die Uno-Mission Monusco mit 19 000 Soldaten präsent. Nach der jüngsten Eskalation begnügte sich Monusco damit, die Regierung zum Gewaltverzicht aufzurufen. Dauerthema bei der Uno-Mission sind auch die Massengräber im Land, die zu untersuchen sich die Regierung weigert. Diese Gräber wollten die beiden Uno-Spezialisten inspizieren, als sie entführt wurden.

Die Rebellion in Zentral-Kasai hat sich inzwischen auf fünf weitere Provinzen ausgedehnt. Sie versteht sich als Widerstand gegen Präsident Joseph Kabila, dessen Amtszeit im Dezember 2016 ausgelaufen ist. Besonderen Zulauf erhielten die Rebellen nach dem Video eines Regierungssoldaten: Es zeigt, wie seine Kameraden 13 am Boden liegende Zivilisten in Zentral-Kasai quälen und exekutieren - auch Frauen und Kinder. Zwar hat die Regierung daraufhin die Justiz eingeschaltet. Sieben Mit-

Joseph Kabila



Der heute 45-jährige Offizier ist seit 2001 Präsident von Kongo-Kinshasa. 2006 gewann er die ersten freien Wahlen in der Geschichte des zentralafrikanischen Landes, 2011 die Wiederwahl. Im Dezember 2016 hätte er nach Ablauf der zweiten Amtszeit laut Verfassung die Macht abgeben müssen.



Unter den Augen von Uno-Blauhelmen demonstrieren aufgebrachte Kongolesen gegen den Präsidenten. (Kinshasa, 20. 12. 2016)

Steter Unruheherd

Demokratische Republik Kongo



schuldige wurden verurteilt. Doch es bleibt der Verdacht, dass die Gewalt geplant ist und die Soldaten willkürlich vorgehen können.

Zudem steht die Regierung im Verdacht, Falschnachrichten zu verbreiten. So meldete sie vor wenigen Tagen, die Kamwina-Nsapu-Rebellen hätten 40 kongolesische Polizisten geköpft. Belege dafür gibt es keine. Jedoch hat

das Kabila-Regime eine gewisse Erfahrung darin, mit falschen Nachrichten von der Lage abzulenken: 2015 wurden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion 421 Personen von Sicherheitskräften in einem Massengrab am Rande der Hauptstadt Kinshasa verscharrt. Bis heute beharrt die Regierung darauf, das sei eine milde Tat gewesen, um Menschen, die zu arm für ein Begräbnis gewesen seien, ein Grab zu verschaffen. Oppositionelle vermuten aber Ermordungen durch Soldaten.

Land im freien Fall

Kongo ist im freien Fall. Zur Wirtschaftskrise, die das Land schwächt, kommt eine Regierungskrise: Kabila überschritt im Dezember das verfassungsmässig vorgesehene Maximum von zwei Amtsperioden. Die damals vorgesehenen Wahlen liess er nicht abhalten. Zwar gab es ein mühsam mit der Opposition ausgehandeltes Abkommen, das ein Abtreten Kabilas und Wahlen vorsah. Es wurde aber durch den jähen Tod des Oppositionschefs zunichtegemacht. Diesen Schwebezustand nutzt die Regierung und argumentiert, dass aus Sicherheitsgründen keine Wahlen abge-

halten werden könnten. Auch die Uno-Mission Monusco ist in einer ersten Krise. Denn die Regierung hat die Macht der Blauhelme beschnitten und damit deren Kontrollfunktion eingeschränkt. Für die Ermittlungen zur Ermordung der Uno-Spezialisten durfte Monusco nicht einmal eigene Juristen mitschicken. Umso merkwürdiger ist, dass Maman Sidikou, der Chef der Uno-Mission, der Regierung für deren «exzellente Kooperation» dankt. Die amerikanische Uno-Botschafterin Nikki Haley hat Monusco dafür kritisiert, mit der korrupten Regierung zusammenzuarbeiten. Der Uno-Sicherheitsrat in New York hat diese Woche das Mandat der Mission für ein Jahr verlängert, allerdings mit reduziertem Truppenbestand.

Wenn selbst für Uno-Mitarbeiter die Lage brenzlich ist, dann erst recht für die einheimische Opposition. Luc Nkulula von der Organisation Lucha (Lutte pour le Changement) befürchtet das Schlimmste: «Wenn die Regierung es nicht einmal schafft, die Sicherheit von Uno-Spezialisten zu gewährleisten, wie soll sie mich schützen, wenn ich Missstände benenne?»